



Pressemitteilung

Herne, den 08.01.2021

Die Bezirksregierung Münster genehmigt den vorzeitigen Beginn von vorbereitenden Maßnahmen zur Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch

Auf Antrag der AGR mbH vom 24.04.2020 hat die Bezirksregierung Münster mit dem heutigen Datum den vorzeitigen Baubeginn für Teilmaßnahmen zur Vorbereitung der Erweiterung und Erhöhung der Zentraldeponie Emscherbruch genehmigt.

Die jetzt genehmigten Baumaßnahmen bestehen aus der Herrichtung der Schüttfelder für Abfälle der Deponieklassen DK I und DK II und den damit in Zusammenhang stehenden Vorarbeiten.

Teil dieser Vorarbeiten sind die Errichtung einer multifunktionalen Abdichtung, die Rodung von ca. 30.000 m² bestehenden Waldes und die Errichtung einer geotechnischen Barriere.

Die Bezirksregierung Münster begründet diese Genehmigung mit der Schaffung neuer Deponievolumina, da eine weitere zeitliche Verzögerung zu einem Entsorgungsnotstand in der Region, bzw. im Besonderen im RB Münster führen könnte.

Sie bezieht sich dabei auf Angaben zu den verfügbaren Deponiekapazitäten der Antragstellerin aus dem Erweiterungsantrag von 2018.

Die Bürgerinitiative „Uns Stinkts“ aus Herne und Gelsenkirchen ist über diese Genehmigung zum vorzeitigen Beginn von Baumaßnahmen auf der ZD Emscherbruch noch vor der Plangenehmigung empört.

Die Begründung der Schaffung neuer notwendiger Deponievolumina, basierend auf den Zahlen der Antragstellerin aus 2018 wurde schon im 1. Erörterungstermin sowohl von der BI als auch von den Gutachtern des LANUV als nicht tragfähig definiert.

Die im Rahmen der Planung des Regionalplans Ruhr vom LANUV ermittelten verfügbaren Deponiekapazitäten sowohl für DK I als auch für DK II weisen zweifelsfrei nach, dass für beide Deponieklassen im Planungsraum des RVR genügend Kapazitäten bis zum Jahre 2030 und darüber hinaus vorhanden sind.

Ein dringender Bedarf zur Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten auf der ZD Emscherbruch besteht also nicht.

Für einen nicht vorhandenen Entsorgungsnotstand werden jetzt 30.000 m² Wald abgeholzt, die eben nicht wieder hergestellt werden können. Damit verfestigt die Stadt Gelsenkirchen ihren Status als eine der waldärmsten Städte in NRW.

Die Bez.Reg. Münster bestätigt mit dieser Entscheidung seinen Ruf als Durchwinkbehörde, die nicht davor zurückschreckt, als Dienstleister für die Unternehmen falsche Zahlen zu übernehmen und die Belange der Anwohner, der Umwelt und der Zukunft der Ruhrgebietsstädte weiterhin ignoriert.

So bleiben Gelsenkirchen und Herne die Mülleimer der Region.

Die BI „Uns Stinkts“ wird diese Entscheidung aus Münster nicht hinnehmen, sie wird jetzt rechtliche Schritte prüfen und einleiten und hofft dabei auf die breite Unterstützung durch die betroffenen Städte, die Umweltverbände und die Anwohner der Zentraldeponie in dem Maße, wie es bisher der Fall war.

Für die Bürgerinitiative UNS STINKTS

Heinz-Peter Jäkel

Kontakt :

Heinz-Peter Jäkel (BI Uns-Stinkts Herne)

e.mail: HP.Jaekel@t-online.de

Tel.: **02325 51609**

mobil: **0170 284 1919**